



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/07/israelopt-amnesty-staff-member-to-speak-at-un-human-rights-council-about-his-punitive-travel-ban/>

NEWS

15. Juli 2020, 12:02 UTC

ISRAEL/BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE: **Amnesty-Mitarbeiter spricht vor Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen über sein strafweise erteiltes Reiseverbot**

Als Teil einer fortlaufenden internationalen Kampagne plant [Laith Abu Zeyad](#), ein Palästinenser, der in der Westbank lebt, und der Kampagnebeauftragter für Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete im Regionalbüro von Amnesty International ist, morgen vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen über das Reiseverbot zu sprechen, das die israelischen Behörden seit Oktober 2019 aus geheim gehaltenen „Sicherheitsgründen“ gegen ihn verhängt haben.

„Vor dem Menschenrechtsrat über diesen Vorgang zu sprechen, bietet eine gute Gelegenheit, um die verheerenden Auswirkungen hervorzuheben, die dieses zur Strafe erteilte Reiseverbot auf Laith Abu Zeyads Privatleben und für seine berufliche Existenz als Menschenrechtsaktivist mit sich bringt,“ sagte Saleh Higazi, der stellvertretende Leiter der Abteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International.

„Die israelischen Behörden müssen dieses Reiseverbot, das in direktem Zusammenhang zur Menschenrechtsarbeit unseres Kollegen steht, zurücknehmen und sicherstellen, dass Laith Abu Zeyad und andere Menschenrechtsverteidiger ihre wichtige Arbeit ohne Angst vor Vergeltungsmaßnahmen fortsetzen können.“

Am 31. Mai 2020 verhandelte der Bezirksgerichtshof Jerusalem über die [Petition](#) von Amnesty International, das unrechtmäßige Reiseverbot aufzuheben. Es war jedoch ein bitterer Schlag für die Gerechtigkeit und zeigte eine völlige Geringschätzung gegenüber der Bedeutung der Menschenrechte, dass der Richter die Position der Israelischen Sicherheitsagentur (Shin Bet) akzeptiert hat, obwohl diese auf „geheimen Beweisen“ beruht, in die unserem Anwalt - unter klarem Verstoß gegen die internationalen Standards für faire gerichtliche Verfahren und die darin enthaltenen Rechte der Parteien - kein Einblick gewährt wurde und gegen die er damit auch nicht vorgehen konnte. Noch ist das Urteil nicht verkündet. Der Richter ließ aber ganz klar durchblicken, dass er sich dafür entscheiden wird, das Reiseverbot [durchzuwinken](#). Amnesty International beabsichtigt nun, am Obersten Israelischen Gerichtshof gegen das Reiseverbot zu klagen.

Das Reiseverbot gegen Laith Abu Zeyad zeigt noch einmal die erschreckende Entschlossenheit israelischer Behörden auf, Menschenrechtsorganisationen und Aktivisten, die der Regierung kritisch gegenüber stehen, zum Schweigen zu bringen. Und es hebt die grausame und unmenschliche Natur ihrer Vorgehensweisen gegen die Palästinenser_innen hervor, die unter ihrer Besatzung leben.

HINTERGRUND

Am 25. März 2020 reichte Amnesty International bei Jerusalemer Bezirksgerichtshof eine [Petition](#) ein, um das Reiseverbot gegen Laith Abu Zeyad aufheben zu lassen.

Im September 2019 beantragte Laith Abu Zeyad am al-Zaytoona (Hazatem) Militärkontrollpunkt in der Nähe von Jerusalem eine Reisegenehmigung aus humanitären Gründen, um seine Mutter zu einer medizinischen Behandlung in Jerusalem zu begleiten. Sein Antrag wurde noch am selben Tag aus „Sicherheitsgründen“ und ohne jede weitere Erklärung abgelehnt.

Im Dezember 2019 wurde Laith Abu Zeyad verboten, seine Mutter, die an einer Krebserkrankung litt, zu besuchen, und infolgedessen hatte er keine Gelegenheit mehr, sie vor ihrem Tod noch einmal zu sehen.

Im Juni 2018 befand sich Laith Abu Zeyad unter einer Anzahl von Palästinensern, die von palästinensischen Sicherheitskräften [willkürlich verhaftet und gefoltert](#) wurden. Die Sicherheitskräfte hatten eine Demonstration niedergeschlagen, die von palästinensischen Aktivisten in Ramallah organisiert worden war.